

OA-Update Sanktionen – 2022/49

Entwicklungen seit dem 09. September

(Stand: 21. September, 14 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen / Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft – Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten: [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zur Task Force gehören die Geschäftsführung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionaldirektionen für Russland und Osteuropa, der AG Agrarwirtschaft/German Agrobusiness Alliance sowie des Bereichs Presse und Public Affairs. Die Kontaktdaten finden Sie auf unserer Homepage unter [Kontakt](#).

DRINGEND: Bitte um Ihre Fragen zu Sanktionsthemen

Der Ost-Ausschuss plant in Kürze ein **Online-Treffen mit Staatssekretär Philipp aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**, um aktuelle Fragen zur **Wirkung und den Umgang mit den durch die EU erlassenen Sanktionen** zu thematisieren.

Um das Treffen so effektiv wie möglich zu gestalten, möchten wir Sie bitten, Ihre **Fragen vorab an uns zu schicken**. Wir bündeln die Anfragen und anonymisieren die Fragesteller. Bitte schicken Sie uns Ihre **Fragen bis 23. September**. Zum selben Thema bereiten wir zudem gerade eine ausführlichere Umfrage vor, über die wir Sie in Kürze informieren.

Der genaue Termin des Online-Treffens befindet sich gerade in Abstimmung. Sie erhalten die Einladung zugesandt.

Für Fragen wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart (c.schuchart@oa-ev.de) oder Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de).

Bund friert Oligarchen-Vermögen in Höhe von 4,8 Milliarden Euro ein

Die deutschen Behörden kommen mit der Durchsetzung der Sanktionen gegen russische Bürger voran. Bis Mitte September wurden offenbar Vermögenswerte im Wert von mindestens 4,8 Milliarden Euro in Deutschland von den EU-Sanktionen blockiert, berichtet der „Spiegel“ unter Berufung auf eine Unterrichtung des Bundeswirtschaftsministeriums an das Parlament. Die Summe teilt sich demnach auf: Eingefrorene Gelder machen den größten Einzelposten aus. 2,23 Milliarden Euro konnten inländische Kreditinstitutionen an die Deutsche Bundesbank als festgesetzt melden. Bewegliche Vermögensgegenstände, etwa Yachten, schlagen mit geschätzt etwa 1,09 Milliarden Euro zu Buche. Der Rest besteht aus Immobilien und anderen Werten.

Rosneft und RN Refining unter Treuhandverwaltung

Zur Sicherung des Betriebs der Raffinerien in Schwedt, Karlsruhe und Vohburg stellt die Bundesregierung die Rohölimporteure Rosneft Deutschland (RDG) und die RN Refining & Marketing GmbH unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur. Das teilte das Bundeswirtschaftsministerium am 16. September in Berlin mit.

Damit übernehme die Bundesnetzagentur die Kontrolle über Rosneft Deutschland und damit auch über den jeweiligen Anteil in den drei Raffinerien PCK Schwedt, MiRo (Karlsruhe) und Bayernoil (Vohburg), teilte das Ministerium mit. Die Treuhandverwaltung wird an diesem Freitag wirksam und ist zunächst auf sechs Monate befristet. Die Kosten dafür haben die betroffenen Unternehmen zu tragen.

Diskutiert wird, das Öl für Schwedt künftig per Schiff anzuliefern - die Ostseehäfen in Rostock und dem polnischen Danzig können dabei eine Rolle spielen. Bereits im August hatte ein Tanker mit US-Rohöl für Schwedt Rostock erreicht. Die Hansestadt ist über eine Pipeline mit der Raffinerie verbunden. Lieferungen etwa aus Kasachstan könnten via Danzig und über Rohrleitungen weiter nach Schwedt transportiert werden.

Fraglich bleibt, ob die Mengen ausreichen, um die Raffinerie auszulasten. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte zuletzt auf eine Auslastung von mindestens 75 Prozent gehofft - durch Öllieferungen über Rostock und Danzig. Offenbar machte Polen zur Bedingung, dass der russische Rosneft-Konzern keinen Einfluss mehr auf die Raffinerie in Schwedt hat. Aktuell gibt es Meldungen, laut denen der staatliche polnische Energiekonzern Orlen die Raffinerie in Schwedt gerne mehrheitlich übernehmen will.

Eine ähnliche Auslastung mit Hilfe der Ostseeterminals soll den Plänen zufolge die Raffinerie in Leuna in Sachsen-Anhalt erreichen, die vom französischen Energiekonzern Total Energies betrieben wird. Auch Leuna war über die „Druschba“-Pipeline in der Vergangenheit vor allem mit Rohöl aus Russland versorgt worden. Bei der Umstellung auf andere Lieferanten ist man dort schon weiter als in Schwedt: Nach Angaben des Unternehmens kam bereits im vergangenen Monat rund die Hälfte des verarbeiteten Öls nicht aus Russland - sondern aus der Nordsee oder aus dem Persischen Golf. Analysten schließen allerdings weiterhin nicht aus, dass es regional zu Kraftstoffengpässen kommen könnte.

[PCK-Raffinerie: Woher das Rohöl künftig kommen soll | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

UN-Aufruf zu Auswirkungen von Sanktionen auf humanitären Sektor

Die UN-Sonderberichterstatterin für die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Menschenrechte, Alena Douhan, hat zu Beiträgen aufgerufen, um die Entwicklung eines universellen und einheitlichen Systems von Indikatoren zur

Identifizierung und Bewertung der menschenrechtlichen Auswirkungen einseitiger Sanktionen zu unterstützen. Das Projekt soll auf einem Handbuch aus dem Jahr 2004 zur Bewertung der humanitären Auswirkungen internationaler und unilateraler Sanktionen aufbauen.

Regierungen, regionale und internationale Organisationen, Menschenrechtsinstitutionen, Forschungseinrichtungen, die Zivilgesellschaft, Unternehmen, Wissenschaftler und andere, einschließlich der Opfer, sind aufgefordert, Beiträge zu folgenden Themen einzureichen:

- Methodik, wie die spezifischen Auswirkungen einseitiger Sanktionen auf die Wahrnehmung der Menschenrechte von anderen Faktoren, die sich auf die Menschenrechte auswirken können, abgegrenzt werden können;
- ein System wirksamer und glaubwürdiger Indikatoren zur Messung des Umfangs und Ausmaßes der sanktionsbedingten Auswirkungen.

Die zu berücksichtigenden Fragen finden Sie hier. Die Frist für die Einreichung von Beiträgen endet am 30. September 2022.

[OHCHR | Call for contributions – Toward a universal system of monitoring to assess the human rights impact of unilateral sanctions](#)

Gewinnung russischer Fachkräfte - Informationsangebote

Aufgrund der aktuellen Situation in der Ukraine stellen sich für viele Arbeitgeber und ihre Beschäftigten weiterhin viele Fragen. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände BDA hat einen FAQ-**Leitfaden** zu aufenthaltsrechtlichen, arbeitsrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fragen in der aktuellen Situation zusammengestellt:

[FAQ - Ukraine Krise und rechtliche Folgen.docx \(arbeitgeber.de\)](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft setzt sich in engem Austausch mit der Bundesregierung für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Fachkräfte aus Russland ein. Dabei geht es einerseits um Beschleunigung der Visaverfahren für Relokation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutscher und internationaler Unternehmen nach Deutschland sowie um schnelle Verfahren für neu rekrutierte Fachkräfte.

„Kurzinformationen für Arbeitgeber“ sind zu diesem Thema **auch** auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Bei Rückfragen zu diesem Thema stehen Ihnen als Ansprechpartnerinnen im Ost-Ausschuss [Petya Hristova](#), Leiterin des Arbeitskreises Fachkräftesicherung, und [Dr. Christiane Schuchart](#), Regionaldirektorin Russland, sehr gern zur Verfügung

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
 - Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de
 - VB2 (Sanktionen), E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de
 - Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
-

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](http://gtai.de)

2. Terminübersicht

Morgen: 22. September: Webinar „Sanktionen und aktuelle Lage im Bereich des Gesundheitssektors in Russland & EAWU“, 10:00 – 11:15 Uhr

Gemeinsam laden die GHA - German Health Alliance, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. und Rödl & Partner Sie am Donnerstag, 22. September 2022, 10:00 bis 11:15, zum Webinar **“Sanktionen und aktuelle Lage im Bereich des Gesundheitssektors in Russland & EAWU”** ein. Obwohl viele Güter im medizinischen und pharmazeutischen Bereich Ausnahmen von den Sanktionen unterliegen und somit nicht unmittelbar betroffen sind, stellen sich Fragen vor allem im Bereich der sogenannten High-Tech-Güter und der Herstellergarantien. Wird medizinisches Equipment aus einem EU-Mitgliedsstaat nach Russland geliefert, können sich Probleme hinsichtlich weiterer Maßnahmen ergeben, wie Garantieleistungen und die Lieferung von Ersatzteilen. Zu diesem Thema referiert Dr. Tatiana Vukolova von Rödl und Partner. Alexey Sapozhnikov, Generaldirektor, Rödl und Partner Russland, informiert über die Lage im Gesundheitssektor in der EAWU.

Bei Rückfragen und weiteren Beiträgen zur Agenda wenden Sie sich bitte an [Petya Hristova](#) (OA) und [Alexander Boxler](#) (GHA).

10. Oktober: FRA Airport Talk zu Russland und Zentralasien, 9:00 – 18:00 Uhr

Am 10. Oktober findet ein FRA Airport Talk der SCHNEIDER GROUP statt. Dieses Mal geht es um folgende Themenkreise:

- Russland: Wie weiter?
- Zentralasien: Die neue Tiger-Region?

Die Veranstaltung im Airport Club am Frankfurter Flughafen bietet vielfältige Möglichkeiten, von erfahrenen Spezialisten Informationen über Sanktionen und ihre Auswirkungen auf die in Russland tätigen internationalen Unternehmen zu erhalten. Es werden u. a. verschiedene Management- und Beteiligungslösungen für eine Fortsetzung der Geschäftstätigkeit unter veränderten Bedingungen diskutiert. Zudem blicken die Referenten über die Grenzen Russlands hinaus auf die aufstrebende Tiger-Region Zentralasien.

Ort: Airport Club am Flughafen Frankfurt

Gebühr: 150 Euro (zzgl. MwSt.)

Programmdetails:

[Russland: Wie weiter? Zentralasien: Die neue Tiger-Region? \(schneider-group.com\)](#)

14. Oktober: 5th GERMAN – EAST EUROPEAN & CIS HEALTH FORUM

Unter dem Motto: PARADIGM SHIFT FOR THE HEALTH SECTOR? RECOVERY PLANS FOR UKRAINE AND FURTHER DEVELOPMENT OF THE HEALTH INFRASTRUCTURE IN EASTERN

EUROPE“ findet am 14. Oktober in Berlin das 5th German – east European & CIS Health Forum statt, das der Ost-Ausschuss mit Partnern organisiert. Dabei spielt auch die Lage im ukrainischen Gesundheitssektor eine Rolle.

Für weitere Informationen und Anmeldung kontaktieren Sie im Ost-Ausschuss gerne: Petya Hristova, p.hristova@oa-ev.de

Hier die englische Beschreibung der Inhalte:

The German-East European & CIS Health Forum, organised by the [German Eastern Business Association](#) and the [German Health Alliance](#) as an Official Side Event of the [World Health Summit](#), provides a framework for exchange and networking with decision-makers from Germany and the partner countries, company representatives, experts and researchers. The 5th edition of the Health Forum will focus on the reconstruction of the health sector in Ukraine and business exchange on the dynamic markets in Eastern Europe. The Russian war of aggression against Ukraine represents another challenge for the health sector in Eastern Europe after the Corona pandemic. Difficult tasks for companies in these times of crisis include maintaining supply chains and critical infrastructure for all patients in the countries of the region.

The Forum takes place as an on-site conference in Berlin. The working language is English.

20. Oktober 2022: „Neue Brücken bauen in schwierigen Zeiten - Chancenraum Osteuropa“

wir freuen uns, Sie gemeinsam mit dem OstWestWirtschaftsForum (OWWF) Bayern und mit Unterstützung der EOS Holding GmbH zur Veranstaltung „Neue Brücken bauen in schwierigen Zeiten - Chancenraum Osteuropa“, Lieferketten, Rohstoffe, Partner, Logistik, einzuladen. Sie findet am 20. Oktober 2022 ab 13.30 Uhr im Münchner Landtag statt.

Anmeldeschluss ist der **13. Oktober**. Da die **Plätze im Landtag limitiert** sind, bitten wir Sie, sich möglichst schnell zu entscheiden. Die Veranstaltung ist eine reine Präsenzveranstaltung.

Das komplette Programm finden Sie [hier](#).

Es ist uns gelungen, kompetente Referenten aus Wirtschaft und Politik gewinnen zu können, die Ihre Sicht auf die veränderte wirtschaftliche Situation in Europa und der Welt darstellen und die Chancen in der Region Osteuropa/Zentralasien aufzeigen werden. Für Fragen zur Veranstaltung, zum Inhalt oder zur Anmeldung wenden Sie sich bitte an Carolin Gerhold (c.gerhold@oa-ev.de) oder Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de).

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 9. September)

Von der Leyen:

EU will Verbraucher bei hohen Energiepreisen entlasten

Nach einem am 14. September vorgestellten EU-Gesetzesvorschlag sollen Energiefirmen einen Teil ihrer zuletzt stark gestiegenen Gewinne abgeben. Damit sollen Staaten die Krisenkosten abfedern. Die Unternehmen machten zuletzt Gewinne, mit denen sie in ihren kühnsten Träumen nie gerechnet hätten, sagte von der Leyen bei einer Grundsatzrede im Straßburger Europaparlament. Der Vorschlag werde den EU-Staaten mehr als 140 Milliarden Euro bringen, um die Not zu lindern, so von der Leyen. Der Gesetzesvorschlag muss nun von den EU-Ländern angenommen werden. In groben Zügen hatten sie dem Konzept bereits vergangene Woche zugestimmt.

Hier Kernaussagen und angekündigte Initiativen aus der State of the Union-Rede Ursula von der Leyens vom 13. September:

- Fortsetzung des harten EU-Sanktionskurses gegen Russland / Neue Hilfszusagen an die Ukraine für den Wiederaufbau von Schulen von 100 Millionen Euro
- Das EU-Strommarktdesign soll geändert und Gewinne der Energiekonzerne gedeckelt/abgeschöpft werden
- Die EU-Länder erhalten mehr Spielräume für Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft, die Verschuldungsregeln sollen dazu überarbeitet werden
- Es soll besondere EU-Finanzhilfen für den Mittelstand geben
- Unterstützung für die Ausbildung von Fachkräften
- Neue EU-Handelsabkommen u.a. mit Chile, Mexico, Australien, Indien, Neuseeland
- Aus den laufenden Programmen zur Überwindung von Corona-Folgen und Klimaschutzmaßnahmen stehen noch 700 Milliarden an EU-Mitteln zur Auszahlung an
- Mit einer neuen EU-Strategie soll die Abhängigkeit von China bei Zulieferteilen und Rohstoffen überwunden werden
- Zur Stärkung der industriellen Souveränität Europas sollen ein neuer Fonds sowie Rohstoffreserven eingerichtet werden
- Die Beitrittsperspektive für den Westbalkan sowie Ukraine, Moldau und Georgien wird bekräftigt, die Bildung einer politischen Gemeinschaft als Ergänzung zur EU-Mitgliedschaft angekündigt

Russen bereits weitgehend ausgesetzt. Mit einem gültigen Visum war es aber weiterhin möglich, über die Grenzen der vier Länder in den Schengen-Raum einzureisen. Dies ist künftig nicht mehr möglich: Allen russischen Staatsbürgern mit Schengen-Visum wird nun die Einreise verweigert - unabhängig davon, von welchem Mitgliedsland es ausgestellt wurde. Zum Schengen-Raum gehören 22 EU-Staaten und 4 weitere europäische Länder. Seit dem 19. September ist damit Finnland das einzige EU-Land mit einer Landgrenze zur RUS, das für die Einreise von Russen auf dem Landweg noch geöffnet ist. Litauen hat zwischenzeitlich Ausnahmen für bestimmte Kategorien von Russen angekündigt, darunter Diplomaten, Vertreter der Opposition, Mitarbeiter von Speditionsunternehmen, die Fracht in andere EU-Staaten transportieren, und Familienangehörige von Personen, die eine EU-Aufenthaltserlaubnis oder -Staatsbürgerschaft besitzen.

Estlands Regierungschefin Kaja Kallas rief andere Länder erneut auf, sich dem innerhalb der EU umstrittenen Einreiseverbot anzuschließen. „Wir sollten alle Werkzeuge in der Werkzeugkiste nutzen, um Russland dazu zu bringen, diesen Krieg zu beenden“, sagte sie am Samstag. „Nur 30 Prozent der russischen Bürger haben internationale Pässe und sie stammen aus der russischen Elite. Das bedeutet, sie haben auch die Möglichkeit, den Kreml zu anderen Entscheidungen zu drängen, wenn sie fühlen, dass dieser Krieg ihren Alltag beeinflusst.“

In einer aktuellen Umfrage gaben fast 80 Prozent der befragten Russen an, in den letzten fünf Jahren nicht im Ausland gewesen zu sein. Laut der Erhebung des Meinungsforschungsinstituts WZIAM haben lediglich 29 Prozent der Russen überhaupt einen Reisepass. Die meisten von ihnen wohnen in den beiden Metropolen Moskau oder St. Petersburg, sind zwischen 35 und 44 Jahre alt, verfügen über eine höhere Bildung und sind finanziell gut gestellt. Interessant ist weiterhin die Tatsache, dass laut der Umfrage nur zwei Prozent aller russischen Bürger über ein Schengen-Visum verfügen. Diejenigen russischen Touristen, die ins Ausland reisen, besuchten folgerichtig zumeist Länder außerhalb der EU, insbesondere die Türkei.

[Почти 80% россиян заявили, что не были за границей последние пять лет — РБК \(rbc.ru\)](#)

Verlängerung der EU-Personensanktionen bis März 2023

Der Rat der EU hat am 14. September beschlossen, die restriktiven Maßnahmen gegen russische Personen, die „für die Untergrabung oder Bedrohung der territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der UKR verantwortlich sind“, um weitere sechs Monate bis zum 15. März 2023 zu verlängern. Das Verfahren zur Beschlussfassung sei am Mittwoch erfolgreich abgeschlossen worden, sagte eine Sprecherin der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft der Deutschen Presse-Agentur.

Ungarn hat demnach nun doch von einer Blockade der Verlängerung von EU-Sanktionen gegen Russland abgesehen. Konkret geht es um Strafmaßnahmen gegen mittlerweile mehr als 1200 Personen wegen ihrer Unterstützung der Ukraine-Politik von Russlands Präsident

Wladimir Putin. Sie sehen vor, die Vermögenswerte der Betroffenen einzufrieren und sie nicht mehr in die EU einreisen zu lassen.

Nach Angaben von EU-Diplomaten aus der vergangenen Woche wollte Ungarn eigentlich erreichen, dass die Strafmaßnahmen gegen drei russische Oligarchen aufgehoben werden, hat nun aber offenbar darauf verzichtet. Ohne Verlängerung wären die Sanktionen an diesem Donnerstag ausgelaufen.

[EU verlängert Russland-Sanktionen um halbes Jahr – auch Ungarn stimmt zu \(rnd.de\)](#)

Klarstellungen zu EU-Sanktionen

Die EU-Kommission hat auf Anfrage von Business Europe Klarstellungen zu verschiedenen Sanktionsfragen übermittelt. Hier die Mitteilung in Arbeitsübersetzung:

A. Klarstellungen zum Verordnungstext / TARIC-Codes

Frage/Beispiel 1:

In der FAQ Nr. 24 stellt die Europäische Kommission eine Korrelationstabelle zwischen den Zollcodes und den Kontrollpositionen des Anhangs VII der Embargoverordnung (EU) 833/2014 (mit allen entsprechenden Änderungen) zur Verfügung. Diese Tabelle ist insbesondere für Exportkontroll-Klassifizierer sehr wichtig, wenn es darum geht, zu bestimmen, ob ein Produkt unter die Kontrollen der Sanktionen gegen Russland fällt oder nicht.

Anhang VII wurde mit den Anfang Juli verabschiedeten Sanktionsmaßnahmen aktualisiert. Die Korrelationstabelle wurde jedoch nicht aktualisiert. Könnten die Unternehmen sie noch verwenden? Wäre es für die Kommission möglich, sie zu aktualisieren?

EU-Kommission:

Wir arbeiten derzeit an der Aktualisierung der FAQs zu DU/AT-Positionen (die ursprünglich Mitte März veröffentlicht wurden), und diese Aktualisierung wird eine Erweiterung der Korrelationstabelle beinhalten, die die seit dem ursprünglichen Paket vom Februar hinzugekommenen Positionen abdeckt. Wir beabsichtigen, die überarbeiteten FAQs im Laufe des Septembers zu veröffentlichen.

Frage/Beispiel 2:

Vor dem Wartungs- und Anpassungspaket vom Juli standen Waren der KN 392010 (bestimmte Kunststoffe) nicht auf der Sanktionsliste der Verordnung 833/2014, Artikel 3k und Anhang XXIII. Taric zeigte jedoch, dass dieser KN-Code bereits seit April auf der Sanktionsliste stand und dass die Übergangsfrist am 10. Juli endet. Daher weichen die Angaben in der Verordnung und im Taric voneinander ab.

Darüber hinaus sieht es jetzt so aus, als ob der KN-Code 392020, der bereits vor dem Wartungs- und Anpassungspaket vom Juli auf der Sanktionsliste stand und dessen Übergangsfrist am 10. Juli endete, von der Liste gestrichen wurde und somit ausgeführt werden konnte. Dies ist für die Unternehmen verwirrend und hat unbeabsichtigte Folgen für die Umsetzung.

Antwort EU-Kommission:

In der Phase der Umsetzung von CN2021 in CN2022 des Anhangs XXIII wurden einige Fehler gemacht, die dazu führten, dass in einigen wenigen Fällen der falsche KN-Code mit einer bestimmten Warenbezeichnung in der Beschreibungsspalte verbunden wurde. In Anbetracht der Tatsache, dass rechtlich gesehen der KN-Code Vorrang vor der Warenbezeichnung hat, wurden einige Berichtigungen vorgenommen, um die richtigen KN-Codes für die betreffende Warenbezeichnung zu schaffen (z. B. 392020 gestrichen und 392010 eingefügt; oder 848240 gestrichen und 848220 eingefügt). Der Text wurde nicht geändert, so dass die Maßnahme als solche wie auch die Umsetzung im TARIC immer gleich war und kein Fehler bei der Anwendung gemacht wurde.

In der Folge kann der Code 392020 (Platten, Folien, Filme und Streifen aus Propylen) heute, aber auch schon vor der Berichtigung, ausgeführt werden, da der Text "Platten, Folien, Filme und Streifen aus Propylen" nie Teil eines Anhangs zur Sanktionsverordnung war.

B. Klarstellungen zum Verbot von Einlagen

Frage:

Es gibt eine Reihe von Fragen zum Verbot der Entgegennahme von Einlagen und zu den entsprechenden Genehmigungsverfahren, die sich aus den Änderungen in Art. 5b und 5c der Verordnung 833/2014, die unklar zu sein scheinen (Verordnung 2022/1269, Art. 3o).

Die Unternehmen fragen sich, ob die Europäische Kommission zusätzliche Leitlinien zu diesem Punkt herausgeben wird, die die FAQ vom 9. Juli ergänzen.

Antwort EU-Kommission:

Wir arbeiten an weiteren Leitlinien zu den Artikeln 5b und 5c nach der Annahme der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014.

Weitere Meldungen aus der EU:

Euraktiv

EU erwägt Sanktionen im Falle weiterer russischer Referenden in der Ukraine

Die EU könnte im Falle von Annexionsreferenden in den von Russland besetzten östlichen Gebieten der Ukraine neue Sanktionen einführen. Dies berichtet Euractiv mit Berufung auf

Kreise in Brüssel. Pro-russische Beamte in den selbsternannten separatistischen „Republiken“ Luhansk und Donezk sowie in der von Russland besetzten Region Cherson in der Südukraine kündigten „Referenden“ über den Anschluss an Russland an, die vom 23. bis 27. September abgehalten werden sollen.

„Russland, seine politische Führung und alle an diesen ‚Referenden‘ und anderen Völkerrechtsverletzungen in der Ukraine Beteiligten werden zur Rechenschaft gezogen, und es werden zusätzliche restriktive Maßnahmen gegen Russland erwogen“, erklärte dazu der EU-Chefdiplomat Josep Borrell.

Die Provinzen Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischschja machen rund 15 Prozent des ukrainischen Territoriums aus.

Putin erklärte kürzlich in Samarkand, dass die Eroberung der gesamten Provinzen Luhansk und Donezk das Hauptziel Russlands sei. Russland hält derzeit etwa 60 Prozent des Gebiets Donezk und hatte im Juli fast ganz Luhansk eingenommen.

Experten zufolge hofft der Kreml, dass die USA und der Westen mit den Referenden davon abgehalten werden, weitere Langstreckenwaffen in die Ukraine zu schicken, da deren Einsatz gegen Gebiete, die Russland als sein Eigentum betrachtet, einen ausgewachsenen Krieg mit unvorhersehbaren Folgen auslösen könnte.

Einige Kreml-Befürworter bezeichneten die Referenden offen als ein Ultimatum an den Westen, russische Gebietsgewinne zu akzeptieren oder einen totalen Krieg mit einem atomar bewaffneten Feind zu riskieren. „Die Russen können tun, was sie wollen. Das wird nichts ändern“, sagte dagegen der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba. „Die Ukraine hat jedes Recht, ihre Gebiete zu befreien, und wird sie weiter befreien, egal was Russland sagt“, fügte er später in einem Tweet hinzu.

Als Reaktion auf Moskaus Anerkennung der Scheinreferenden könnte ein neues Bündel von EU-Strafmaßnahmen wahrscheinlich mehr Listen von Personen umfassen, die an der Organisation und Durchführung der Referenden beteiligt waren, so ein EU-Beamter gegenüber EURACTIV. Die Maßnahmen könnten ähnliche Schritte umfassen, wie sie bereits vor der russischen Invasion im Februar umgesetzt wurden, nämlich die Sanktionierung lokaler Beamter und das Verbot von Handel, Tourismus und Finanzierungen in annektierte Regionen. Der EU-Beamte fügte hinzu, dass auch weitere sektorale Sanktionen auf dem Tisch liegen könnten, aber es sei schwer vorherzusagen, ob darüber Einstimmigkeit erzielt werden könne. Mehrere EU-Diplomaten sagten allerdings gegenüber EURACTIV, sie sähen nur geringe Chancen für ein weiteres Sanktionspaket, vor allem weil Ungarn wahrscheinlich ein Veto einlegen oder solche Bemühungen verzögern könnte.

Am Dienstag drängte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó die EU-Beamten, keine weiteren Sanktionen gegen Russland wegen seines unprovokierten Einmarsches in der Ukraine zu diskutieren, und wiederholte die Warnung, dass solche zusätzlichen Schritte der Union schaden würden.

Aktualisierung von FAQ zu Düngemittel und Energierohstoffen

Die EU-Kommission hat ihre FAQs zu den Russland-Sanktionen in Bezug auf die Einfuhr, den Erwerb und die Weitergabe gelisteter Güter aktualisiert, um zu bestätigen, dass bestimmte gelistete Güter - insbesondere Düngemittel und Energierohstoffe - in Drittländer verbracht werden können. Ein identischer Passus wurde zu zwei separaten Fragen hinzugefügt, die die Weitergabe von gelisteten Gütern an Drittländer und den Umfang des Verbots der entsprechenden Dienstleistungen betreffen.

Der Passus lautet:

"Die Union hat sich jedoch verpflichtet, zu vermeiden, dass ihre Sanktionen Auswirkungen auf die Nahrungsmittel- und Energiesicherheit von Drittländern in der ganzen Welt, insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder, haben. In Anbetracht dieser Verpflichtung, die in den Erwägungsgründen 11 und 12 der Verordnung (EG) Nr. 2022/1269 des Rates klar zum Ausdruck kommt, sollte die Verbringung bestimmter in den Anhängen XXI und XXII aufgeführter Güter in Drittländer erlaubt werden, "um die Ernährungs- und Energieunsicherheit in der Welt zu bekämpfen" und "um etwaige negative Folgen in Drittländern zu vermeiden". Dies gilt für die Verbringung der folgenden Waren in Drittländer sowie für die Finanzierung oder finanzielle Unterstützung im Zusammenhang mit einer solchen Verbringung, die von EU-Akteuren oder über das Gebiet der EU (einschließlich der Durchfuhr) durchgeführt wird:

- Düngemittel der KN-Codes 310420, 310520; 310560; ex31059020 und ex31059080, wie in Anhang XXI aufgeführt;
- Futtermittel des KN-Codes 2303, wie in Anhang XXI aufgeführt;
- Bestimmte Kohlenwasserstoffe der KN-Codes ex2901 und 2902, die in Anhang XXI aufgeführt sind;
- Wesentliche Waren der KN-Codes 44 (Holz), 2523 und 6810 (Zementwaren), wie in Anhang XXI aufgeführt;
- alle in Anhang XXII aufgeführten Waren (Kohle und verwandte Erzeugnisse)."

[Frequently asked questions on import, purchase and transfer of listed goods concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Zusammenstellung der FAQ zu Sanktionen

Die EU-Kommission hat eine konsolidierte Zusammenfassung mit FAQ zu den Russland-Sanktionen und den Rechten an geistigem Eigentum aktualisiert.

[Consolidated version of the frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it \(europa.eu\)](#)

[Frequently asked questions on intellectual property rights concerning sanctions adopted in view of Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it \(europa.eu\)](#)

Leitfäden zu EU-Sanktionen

Im August hat die Europäische Kommission neue Leitfäden veröffentlicht, die die Umsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland erleichtern sollen. Dazu gehören Leitlinien für die Einfuhr, den Kauf und den Transfer von börsennotierten Waren sowie für Zentralverwahrer. Weitere Informationen über alle EU-Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der russischen Aggression gegen die Ukraine ergriffen wurden, sowie die Leitfäden finden Sie hier.

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

EU-Informationen zu Russland-Sanktionen

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

Keine EU-Sanktionen im Agrarsektor

Mit diesem Faktenblatt informiert die EU darüber, dass es keine direkten Sanktionen gegen den russischen Agrarsektor gibt, um die Nahrungsmittelversorgung und Exporte nicht zu gefährden. Allerdings wird als indirekte Folge weiterer Sanktionen zunehmend über Lieferprobleme bei Ersatzteilen für Landmaschinen berichtet.

[Agrifood trade and EU sanctions \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Gütertransport aus der EU wird erschwert

Ab 1. Oktober treten laut russischen Medienberichten in Russland neue Regeln für den Gütertransport aus der EU in Kraft. Ausländische Firmen dürfen ihre Güter nur bis zur russischen Grenze transportieren. Dort sollen russische Transportfirmen übernehmen. Ein entsprechender Regierungserlass, der die von der Maßnahme betroffenen Güter aufzählt, wird in Kürze erwartet.

Genehmigungspflicht für Geschäfte mit GmbH-Anteilen

Wie im letzten Update berichtet, erschwert Russland mit einem neuen Ukas den Rückzug ausländischer Unternehmen. Der entsprechende Präsidentenerlass Nr. 618 „Über das spezielle Verfahren zur Durchführung von bestimmten Transaktionen zwischen bestimmten Personen“ ist am 8. September 2022 in Kraft getreten. Rechtsgeschäfte mit russischen GmbH-Anteilen sind für Gesellschafter aus Staaten, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, nun genehmigungspflichtig. GTAI hat die Informationen zu diesem Thema aufbereitet. Die Übersicht finden Sie hier:

[Russland erschwert den Rückzug für westliche Unternehmen | Rechtsbericht | Russland | Gesellschaftsrecht \(gtai.de\)](#)

Link zum russischen Gesetzestext:

[Указ об особом порядке осуществления \(исполнения\) отдельных видов сделок \(операций\) между некоторыми лицами • Президент России \(kremlin.ru\)](#)

Sanktionen gegen weitere 30 britische Staatsbürger

Russland hat persönliche Sanktionen gegen 30 weitere britische Staatsangehörige „angesichts der anhaltenden unfreundlichen Politik der britischen Regierung“ verhängt, erklärte das Russische Außenministerium am 14. September. „Es wurde beschlossen, 30 Leiter britischer Einrichtungen, die für die koordinierte Förderung der anti-russischen Informationsagenda verantwortlich sind, zu sanktionieren“, heißt es in russischen Medienberichten.

Weitere Meldungen zu Russland:

Höhere Zoll- und Steuersätze für Rohstoffexporte

Die russische Regierung will bis 2023 rund 1,4 Billionen Rubel von den Rohstoffexporteuren eintreiben, indem sie die Ausfuhrzölle und Mehrwertsteuersätze anhebt. Dies berichtet die Tageszeitung Kommersant mit Bezug auf Regierungsquellen. Zur Deckung des erwarteten Haushaltsdefizits sollen u. a. die Ausfuhrzölle auf Gas auf 50 Prozent angehoben, eine Abgabe oder ein Äquivalent für LNG-Exporte eingeführt und die Gaspreise innerhalb Russlands erhöht werden. Zur Diskussion stehen auch eine Erhöhung der Ausfuhrabgabe auf Öl für 2023 und eine Verlängerung der geltenden Benzinpreisbremse. Diese und weitere Maßnahmen zur „Mobilisierung zusätzlicher Haushaltseinnahmen“ sollen heute in der Haushaltsplanungskommission der Regierung erörtert werden.

[Ваше изъятие – Газета Коммерсантъ № 173 \(7374\) от 20.09.2022 \(kommersant.ru\)](#)

Die russische Wirtschaftszeitung „Kommersant“ hat erfahren, dass die russische Regierung zudem erwägt, Exportzölle auf alle Arten von Düngemitteln zu erheben, was die Chemieunternehmen bisher trotz der Forderungen des Landwirtschaftsministeriums vermeiden konnten. Diesmal will das Finanzministerium der Branche mehr als 100 Milliarden Rubel pro Jahr entziehen. Dadurch drohe den Unternehmen ein Verlust von bis zu 12 Prozent der Exporteinnahmen, was die Durchführung von Investitionsprojekten erschwert, die angesichts der Sanktionen und der logistischen Probleme bereits in Frage gestellt sind. Das Finanzministerium schlägt vor, Ausfuhrzölle auf Düngemittel zu erheben, so Quellen der „Kommersant“. Der Beschluss dazu sei praktisch gefasst.

[Kommersant](#)

Medikamente nicht in der Liste für Parallelimporte

Das Ministerium für Industrie und Handel sieht keine Notwendigkeit, pharmazeutische Produkte in die Liste der Waren für Parallelimporte aufzunehmen, berichten russische Medien. Das Ministerium sieht Möglichkeiten für die Entwicklung inländischer Unternehmen bei gleichzeitiger Reduzierung der Präsenz ausländischer Unternehmen. Medikamentenlieferungen aus der EU fallen bislang auch nicht unter EU-Sanktionen.

Russland kritisiert westliche Sanktionen als völkerrechtswidrig

Die russische Beauftragte für Menschenrechte Tatjana Moskalkowa hat die Vereinten Nationen und weitere internationale Organisationen aufgefordert, alle gegen Russen verhängten Sanktionen und Einschränkungen aufzuheben, berichten russische Medien. Die Verhängung von Sanktionen verletze „in grober Weise die Rechte der Bürger und verstoße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie. Die Ziele der Sanktionspolitik sind explizit unmenschlich, weil sie darauf abzielen, den Lebensstandard der Menschen zu senken. Die kollektive Verantwortung der Bevölkerung von Staaten ohne Schuld des Volkes auf der Grundlage von Staatsbürgerschaft und Nationalität steht in krassem Widerspruch zum internationalen humanitären Recht“.

Russische Touristenreisen in die EU brechen ein

Nach Angaben des Verbands der Reiseveranstalter Russlands ist der Reiseverkehr in die EU im ersten Halbjahr 2022 um rund 90 Prozent zurückgegangen. Demnach erreichte bis zum Sommer die Zahl der russischen Reisen nach Europa 1,2 Millionen, während im gleichen Zeitraum des Jahres 2019 acht Millionen russische Bürger ein EU-Land besuchten. Die beliebtesten Länder bei den Russen in der EU waren in diesem Sommer Griechenland, Spanien, Italien und Frankreich. Die Hauptgründe für die negative Entwicklung sind neben den „Luftsanktionen“ vor allem die Verschärfung der Visapolitik gegenüber russischen Bürgern. Zur Erinnerung: Ab dem 19. September werden Litauen, Lettland, Estland und Polen ihre Landesgrenzen zu Russland bis auf wenige Ausnahmen schließen.

Liste sanktionierter russischer Banken

Das Online-Portal banki.ru hat eine Liste der russischen Finanzinstitute zusammengestellt, die sich auf diversen Sanktionslisten finden:

[Какие банки попали под санкции в 2022 году: полный список | Банки.ру \(banki.ru\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

HK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

Besonders hervor hob die US-Regierung die Rolle der neu in die Sanktionsliste aufgenommenen Maria Alexejewna Lwowa-Belowa. Die Kinderschutzbeauftragte des russischen Präsidenten habe die Deportation tausender ukrainischer Kinder nach Russland beaufsichtigt.

Lwowa-Belowa sei verantwortlich für die Zwangsadoption ukrainischer Kinder durch russische Familien, Gesetzesänderungen zur Verleihung der russischen Staatsangehörigkeit an ukrainische Kinder und die gezielte Verschleppung ukrainischer Kinder durch russische Truppen, erklärte die Regierung.

Bei der ebenfalls sanktionierten Neonazi-Gruppe handelt es sich um Task Force Rusitsch, eine in der Ukraine kämpfende paramilitärische Truppe mit Verbindungen zur berüchtigten Söldnergruppe Wagner.

Mögliche Guthaben der Sanktionierten in den USA sollen eingefroren werden, zudem ist es US-Unternehmen und Einzelpersonen verboten, mit ihnen Geschäfte zu machen. Washington werde nicht nachlassen, die russische Regierung für ihren Krieg gegen die Ukraine zur Verantwortung zu ziehen, erklärte US-Außenminister Antony Blinken.

Die US-Regierung verhängte zudem ein Verbot für den Export von Quantencomputer-Technologie sowie damit zusammenhängende Soft- und Hardware nach Russland und Belarus.

[Targeting Russia's Senior Officials, Defense Industrial Base, Financial Infrastructure Leaders, and Human Rights Abusers - United States Department of State](#)

[Targeting Russia's Senior Officials, Defense Industrial Base, and Human Rights Abusers - United States Department of State](#)

[Treasury Targets Additional Facilitators of Russia's Aggression in Ukraine | U.S. Department of the Treasury](#)

[Russia-related Designations; Issuance of Russia-related General License and Frequently Asked Questions; Zimbabwe-related Designation, Removals and Update; Libya-related Designation Update | U.S. Department of the Treasury](#)

[USA setzen russische Technologieunternehmen auf Sanktionsliste \(merkur.de\)](#)

Preisobergrenze für russisches Öl

Nach der Ankündigung der G7-Staaten, ein Verbot von Dienstleistungen einzuführen, die den Seetransport von Rohöl und Erdölzeugnissen russischen Ursprungs ermöglichen (es sei denn, sie werden zu oder unter der "Preisobergrenze" erworben), hat das US-Finanzministerium vorläufige Leitlinien für sein bevorstehendes innerstaatliches Verbot in diesem Sinne veröffentlicht.

Die vorläufigen Leitlinien besagen Folgendes:

Das OFAC beabsichtigt, eine Bestimmung gemäß der Executive Order (E.O.) 14071 zu erlassen, die die Ausfuhr, die Wiederausfuhr, den Verkauf oder die Lieferung (direkt oder indirekt) von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Seetransport von russischem Erdöl aus den USA / durch eine US-Person verbietet, wenn das Erdöl oberhalb der Preisobergrenze gekauft wird, mit einer Ausnahme für den Kauf von Erdöl auf dem Seeweg zu oder unterhalb der Preisobergrenze.

Das OFAC plant die Veröffentlichung von Leitlinien zu Dienstleistungen, die unter die Politik für Seeverkehrsdienstleistungen fallen.

Länder, die dem Verbot von Seeverkehrsdienstleistungen und der Preisausnahme zustimmen, sowie Länder, die sich zur Einführung einer Preisobergrenze für Einfuhren verpflichten, können direkt am Konsultationsprozess der Koalition teilnehmen, in dem die Preisobergrenze festgelegt wird.

Das Verbot der Einfuhr von aus Russland stammendem Erdöl und Petroleum in die USA gemäß E.O. 14066 wird von der neuen Politik nicht berührt (siehe früheren Beitrag). Die Preisausnahme stützt sich auf ein Aufzeichnungs- und Bescheinigungsverfahren, das es jeder Partei in der Lieferkette ermöglicht, nachzuweisen/zu bestätigen, dass das Öl zu oder unter der Preisobergrenze gekauft worden ist. Das Verfahren soll einen "sicheren Hafen" für die Haftung von Dienstleistern schaffen, die versehentlich russisches Erdöl auf dem Seeweg oberhalb der Preisobergrenze einkaufen, weil sie Aufzeichnungen gefälscht haben, die von Personen vorgelegt wurden, die in böser Absicht handeln und wesentliche falsche Angaben machen.

Anzeichen für eine Umgehung der Preisobergrenze sind u. a. betrügerische Verschiffungspraktiken, die Weigerung oder das Zögern, angeforderte Preisinformationen bereitzustellen, ungewöhnlich günstige Zahlungsbedingungen, überhöhte Kosten oder das Beharren auf der Verwendung umständlicher oder undurchsichtiger Zahlungsmechanismen.

https://home.treasury.gov/system/files/126/cap_guidance_20220909.pdf

USA beziehen keine russischen Metalle mehr

Die russischen Exporte von Eisen und Stahl in die USA sind praktisch zum Erliegen gekommen. Laut der US-Einfuhrstatistik lieferte Russland im Juli Metallerzeugnisse im Wert von nur noch 600.000 US-Dollar in die USA. Im Juni waren es noch 201 Mio. Dollar, im gesamten vergangenen Jahr 2,8 Mrd. Dollar, was 9 Prozent der russischen Exporte insgesamt ausmachte. Grund für den Einbruch: Die USA haben die Einfuhrzölle auf russische Metalle im Juli auf 35 Prozent erhöht.

[США перестали закупать железо и сталь в России — РБК \(rbc.ru\)](#)

Anpassungen bei Cyber-Sanktionen

Das Office of Foreign Asset Control hat die Cyber-Related Sanctions Regulations geändert und in ihrer Gesamtheit neu herausgegeben. Hier die information zu den Änderungen:

[Amendment to the Cyber-Related Sanctions Regulations and Associated Administrative List Updates | U.S. Department of the Treasury](#)

[Federal Register :: Cyber-Related Sanctions Regulations](#)

Das OFAC hat außerdem neue FAQs zum Thema Cyber veröffentlicht:

[Frequently Asked Questions - Newly Added | U.S. Department of the Treasury](#)

Sanktionen gegen Iran wegen Drohnenlieferungen

Das OFAC hat vier in Iran ansässige Unternehmen und einen iranischen Staatsangehörigen gelistet, die an der Herstellung und dem Transport unbemannter Luftfahrzeuge (UAVs) beteiligt sein sollen. Safrian Airport Services wurde gemäß der Executive Order (E.O.) 14024 (Russland-Sanktionen) wegen der Lieferung von UAVs an Russland zum Einsatz im Krieg gegen die Ukraine benannt, während Paravar Pars Company, Design and Manufacturing of Aircraft Engines (DAMA), Baharestan Kish Company und ihr Geschäftsführer Rehmatollah Heidari gemäß E. O. 13382 (Massenvernichtungswaffen-Sanktionen) wegen ihrer Beteiligung an der Erforschung und Herstellung von UAVs für das Korps der Islamischen Revolutionsgarden Irans (IRGC) und dessen Luft- und Raumfahrtkräfte (IRGC ASF) und die Marine gelistet wurden.

[Treasury Sanctions Iranian Persons Involved in Production of Unmanned Aerial Vehicles and Weapon Shipment to Russia | U.S. Department of the Treasury](#)

Wachsender Druck auf die Türkei

Die USA wollen Druck auf die türkischen Banken ausüben, die sich dem russischen Zahlungssystem „Mir“ angeschlossen haben. Dies berichtet die russische Zeitung Iswestija unter Berufung auf einen Financial Times-Bericht.

Dem Bericht zufolge beabsichtigen die USA und die EU, Druck auf den türkischen Finanzsektor auszuüben, damit Ankara Moskau nicht bei der „Umgehung von Sanktionen“ hilft. Darüber hinaus beabsichtigt Brüssel, eine Delegation in die Türkei zu entsenden, um seine Besorgnis über die Umgehung der Sanktionen direkt zum Ausdruck zu bringen.

Am 6. September erklärte der Direktor des Russisch-Türkischen Wirtschaftsrats (RTBC), Alexej Jegarmin, gegenüber der Zeitung Iswestija, dass die Mir-Karten am Ende der Sommersaison in fast allen touristischen Gebieten der Türkei akzeptiert werden. Ihm zufolge wird das Problem auf der Ebene der staatlichen Kommission gelöst, so dass die Karten bis Ende des Jahres in allen Hotels verwendet werden können. Zuvor, am 6. August, hatte der türkische Präsident Tayyip Recep Erdogan erklärt, dass die Verwendung der russischen Karten „Mir“ in seinem Land ernsthafte Fortschritte gemacht habe. Ihm zufolge arbeiten fünf türkische Banken weiter an dem Projekt. Er sagte auch, dass die Türkei und Russland einen Fahrplan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet haben und beabsichtigen, den Handelsumsatz auf 100 Mrd. USD zu erhöhen.

Das Wall Street Journal berichtete seinerseits, dass die USA versprochen haben, Sanktionen gegen türkische Unternehmen zu verhängen, die weiterhin mit Russland zusammenarbeiten. Der stellvertretende Finanzminister Adevale Adeyemo erklärte, dass türkische Banken nicht gleichzeitig Korrespondenzbeziehungen mit russischen und amerikanischen Aufsichtsbehörden unterhalten können.

Am 26. Juni erklärte der türkische Präsidentensprecher Ibrahim Kalin, dass das Land keine antirussischen Sanktionen verhängen werde. Er sagte, dass die Türkei in erster Linie wirtschaftliche Vorteile anstrebe und daher die Verhängung von Sanktionen nicht in ihren Plänen enthalten sei.

Am Dienstag wurde bekannt, dass zwei TUR Banken, darunter die größte Privatbank der Türkei, Is bankasi, die Arbeit mit dem russischen Zahlungssystem Mir eingestellt haben. Die Entscheidung folgte Äußerungen zu möglichen Sanktionen des US-Finanzministeriums gegen ausländische Finanzinstitute, die Mir-Karten akzeptieren.

[FT сообщила о планах США оказать давление на сотрудничающие с РФ турецкие банки | Новости мира | Известия | 15.09.2022 \(iz.ru\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Am Freitag (16. September 2022) hat das Vereinigte Königreich die folgenden Änderungen an seiner Liste der Russland-Sanktionen vorgenommen:

- Der Eintrag für Arkady Rotenberg wurde gestrichen und durch einen anderen Eintrag für dieselbe Person ersetzt (Herr Rotenbergs ursprüngliche Aufnahme in die Liste wurde von der EU im Juli 2014 vorgenommen);
- ZAO Interavtomatika wurde von der Liste gestrichen;
- doppelte Einträge für Leonid Eduardovich Slutsky und Vladimir Abdualievich Vasiliev wurden gelöscht; und
- Einträge für 101 Personen und 17 Einrichtungen wurden geändert.
- Unabhängig davon wurde der Eintrag für Jewginej Wiktorowitsch Prigoschin auf der Libyen-Sanktionsliste des Vereinigten Königreichs geändert.

[Notice Russia 160922.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Schweiz

Drei weitere Listungen

Die Schweiz hat die Mitglieder der russischen Staatsduma Alla Viktorowna Poljakowa und Anton Olegowitsch Tkatschew sowie das Mitglied des russischen Föderationsrates Waleri Andrejewitsch Ponomarjow auf ihre Russland-Sanktionsliste gesetzt. Pressemitteilung & Mitteilung. Damit wird der Aufnahme der drei in die EU-Sanktionsliste vom 1. September Rechnung getragen.

[Ordinance on measures connected with the situation in Ukraine \(admin.ch\)](#)

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

H&M verlässt Russland

H&M hat nach Angaben russischer Medien beschlossen, das Geschäft in Russland einzustellen. Das Unternehmen beabsichtigt, seine rund 20 Geschäfte jenseits des Urals bis Ende Oktober zu schließen. Im März dieses Jahres stellte der schwedische Einzelhändler seine Aktivitäten in Russland aufgrund des Militäreinsatzes in der Ukraine ein und kündigte im Juni seinen Rückzug aus dem russischen Markt an. Seit August hat H&M seine Markengeschäfte wiedereröffnet, um Reste zu verkaufen. Zuvor wurde bekannt, dass H&M für seinen Flagship-Store in der Akter-Galerie in der Twerskaja-Straße neun Monatsmieten im Voraus bezahlt hat.

Mangel an Ammoniak belastet immer mehr Branchen

Wegen der hohen Gaspreise haben die Düngemittelhersteller ihre Produktion gedrosselt. Das hat ungeahnte Folgen für Brauereien, Mineralquellen, Gemüsebauern, Händler und Schlachthöfe, berichtet die FAZ.

Fehlt Ammoniak, dann fehlen Düngemittel, dann fehlt Adblue, dann fehlt Salpetersäure, dann fehlt eine schier unendliche Latte von Zusatzstoffen für Leim, Harz, Melanin, Metallbeschichtungen, Kühlmittel. Und als ob das alles noch nicht reichen würde, schlagen jetzt auch noch Brauer, Mineralwasserhersteller, Schlachtereien und Lebensmittelproduzenten Alarm. Ihnen fehlt das Kohlendioxid, ein wichtiges Abfallprodukt der Ammoniakproduktion.

Keine Chemikalie benötigt mehr Erdgas zur Produktion – 90 Prozent der variablen Kosten macht das Gas hier aus. Wegen des enormen Preisanstiegs hat ein Großteil der europäischen Ammoniakproduzenten ihren Betrieb gestoppt, was den Preisauftrieb global anheizt. Und das schon jetzt mit beträchtlichen Folgen. Die europäischen Düngemittelhersteller stecken in ihrer größten Krise, Bauern fürchten erheblich steigende Kosten für die Nahrungsmittelproduktion, die Verkehrswirtschaft warnt vor einem Engpass von Adblue.

Nun warnt die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie vor einem „Kaskadeneffekt“ wegen des fehlenden Kohlendioxids. Die Entwicklung sei „besorgniserregend“. Kohlendioxid werde etwa benötigt für die Verpackung frischer Lebensmittel, zudem bei der Abfüllung von Getränken wie Mineralwasser, Limonaden und Bier und zudem für das Betäuben von Tieren in Schlachtbetrieben. Auch im Gemüseanbau wird Kohlendioxid verwendet, um damit die Luft in den Gewächshäusern anzureichern, damit die Pflanzen schneller wachsen und resilienter werden....

Sony Music verlässt Russland

Mit Sony Music hat das erste Top-Musiklabel seinen Rückzug aus Russland bekanntgegeben. Die zum japanischen Sony-Konzern gehörende Plattenfirma will ihre Russlandtochter an das lokale Management übergeben, das sie als unabhängige Firma weiterführen soll. Sony Music hatte wie die anderen beiden Major-Label bzw. globalen Marktführer Warner Music und Universal Music im März sein Russlandgeschäft eingefroren.

Weiter Stillstand in Nissan-Fabrik

Der japanische Autobauer Nissan hat den Produktionsstopp in seiner St. Petersburger Fabrik bis Ende des Jahres verlängert. Das Werk mit 2000 Mitarbeitern ist seit März stillgelegt.

Halliburton verkauft sein Russlandgeschäft

Der Öl-Dienstleister Halliburton hat sein Russlandgeschäft an das lokale Management verkauft und das Land verlassen. Die neuen russischen Eigentümer führen das Geschäft unabhängig von den US-Amerikanern unter dem neuen Firmennamen BurService fort, teilte die Halliburton-Zentrale in Texas mit.

MAN und Scania verlassen Russland

Die Lkw-Hersteller MAN und Scania ziehen sich aus Russland zurück. Das teilte die Volkswagen-Tochter Traton mit, zu der die beiden Unternehmen gehören. Ihre russischen Vertriebsgesellschaften sollen bis Anfang 2023 an lokale Partner verkauft werden. Die Verluste durch den Rückzug schätzt Traton auf bis zu 550 Mio. Euro.

[MAN и Scania уезжают из России – Газета Коммерсантъ № 169 \(7370\) от 14.09.2022 \(kommersant.ru\)](#)

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Zusammenarbeit europäischer Unternehmen mit der ukrainischen Wirtschaft

Der europäische Wirtschaftsdachverband Business Europe hat eine Task Force on Ukraine gegründet, die Aktivitäten zur Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft bündeln soll. Anfang September gab es eine Abstimmungsrunde mit der European Business Association on Ukraine (EBA) zu Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Folgende Ideen wurden skizziert:

- B2B-Matching und die Möglichkeit, einen Kanal für ukrainische Produzenten/Exporteure aufzubauen. Auf der Seite der EBA können Sie Profile der interessierten EBA-Mitglieder mit Informationen über die Beschreibung des Unternehmens, die Art des Geschäfts, den Tätigkeitsbereich und die wichtigsten Waren/Dienstleistungen, auf die sie sich spezialisiert haben, finden. Außerdem gibt es dort Kundenprofile, Hinweise auf gewünschte Eigenschaften des Partners, den das Unternehmen sucht (Importeur, Händler) und die bestehenden Erfahrungen in Import-Export-Beziehungen.
- Plattform der Second Chance Bank: [Second Chance Bank - European Business Association](#). Dies ist eine Online-Wiederverwendungsplattform, in dem Nutzer ihre Anzeigen mit gebrauchten Gegenständen (Geräte, Möbel, medizinische Geräte usw.) veröffentlichen können, die sie bedürftigen Personen oder Organisationen anbieten möchten.
- Unterstützung von Lobbyarbeit auf nationaler (lokaler) Ebene in bestimmten Ländern: Steueransässigkeit (Steuererleichterung für Ukrainer), logistische Versorgungskette, ökologische Initiativen, Versicherung von Kriegsrisiken usw.
- Austausch von Fachwissen und Erfahrungen zwischen Mitgliedsunternehmen verschiedener Verbände.
- Gemeinsame Networking-Veranstaltungen mit einem B2B-Matching-Bereich. Solche Podiumsdiskussionen können der Sensibilisierung für bestehende Möglichkeiten zur Erschließung neuer Märkte mit Schwerpunkt auf der Ukraine und bestimmten Ländern (z. B. Polen, Italien, Belgien, Deutschland usw.) gewidmet sein.
- UNLIMIT Ukraine Projekt: [UNLIMIT UKRAINE - European Business Association \(eba.com.ua\)](#). Sie sind daran interessiert, gemeinsam mit anderen Wirtschaftsverbänden Zuschüsse zur Unterstützung von KMU zu beantragen.

Direkter Kontakt zur EAB Ukraine:

- Iaroslava Savastieieva, Deputy Director at Operation, iaroslava.savastieieva@eba.com.ua, cell phone: +38 098 407 06 65
- Oksana Myronko, EBA Head of Communications, oksana.myronko@eba.com.ua
- Viktoriia Kulykova, EBA Committees Team Lead, viktoriia.kulykova@eba.com.ua

EU billigt endgültig weitere Milliardenhilfe für Ukraine

Die Ukraine kann nach Informationen der dpa in Kürze mit weiteren EU-Finanzhilfen in Höhe von fünf Milliarden Euro rechnen. Die EU-Staaten nahmen die Milliardenhilfe am Dienstag formell an, wie die tschechische Ratspräsidentschaft mitteilte. Damit nahm das Finanzpaket seine letzte Hürde und dürfte somit bald ausgezahlt werden. Das Darlehen solle dafür sorgen, dass der ukrainische Staat und wichtige Infrastruktur trotz des russischen Kriegs gegen das Land weiter funktionieren könnten, sagte der tschechische Finanzminister Zbynek Stanjura.

Das Darlehen wird durch nationale Garantien der EU-Länder gestützt, da im aktuellen EU-Haushalt nach Kommissionsangaben nicht mehr ausreichend Ressourcen verfügbar sind. Das Geld ist Teil eines im Mai angekündigten Hilfspakets über insgesamt neun Milliarden Euro. Eine Milliarde Euro wurde bereits Anfang August ausgezahlt. Man müsse nun dafür sorgen, dass die restlichen drei Milliarden Euro ebenfalls schnell gebilligt würden, sagte Stanjura.

Ukraine erstellt Plan für schnellen Aufschwung nach dem Krieg

Nach Informationen von Germany Trade & Invest (GTAI) hat die Ukraine einen Plan für einen schnellen Aufschwung nach dem Krieg vorgelegt. Demnach soll in zehn Schritten die ukrainische Wirtschaft möglichst schnell den Anschluss an die westlichen Industrieländer schaffen. Das Rezept: weniger Staat und mehr Privatinitiative. Als erstes Etappenziel strebt Kiew bis 2032 ein BIP pro Kopf von 12.000 US-Dollar an. Die Wirtschaftsleistung soll jährlich um durchschnittlich sieben Prozent wachsen. Mit einer umfassenden Liberalisierung will die Ukraine nach Kriegsende die Konjunktur in Schwung bringen. Innerhalb von zehn Jahren soll sich die Wirtschaftsleistung verdreifachen.

Folgende Schritte sind geplant:

- Schritt 1: Staatsquote senken
- Schritt 2: Diversifizierung der Wirtschaft
- Schritt 3: Freies regulatorisches Umfeld
- Schritt 4: Rechtsstaatlichkeit
- Schritt 5: Export als Wachstumsmodell
- Schritt 6: Intensivierung der Investitionen
- Schritt 7: Verbesserung der Logistik auf dem Landweg
- Schritt 8: Rückzug des Staates durch Massenprivatisierung
- Schritt 9: Öffentlich-private Partnerschaften für soziale Objekte
- Schritt 10: Durchbruch bei Innovationen

Der Plan von Wirtschaftsministerin Julia Swyrydenko setzt auf einen Aufschwung durch die Entfesselung der Marktkräfte und weitreichende Liberalisierung. „Wirtschaftliche Freiheit

beginnt da, wo der Staat endet", schrieb die Ministerin in einem Beitrag für die Ukrainiska Pravda. Der Staat wolle dabei das Risiko der Investitionen mit Garantien abfedern

Hier der vollständige GTAI-Beitrag:

[Ukraine erstellt Plan für schnellen Aufschwung nach dem Krieg | Wirtschaftsumfeld | Ukraine | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#)

Wiederaufbauplan des German Marshall Fund

Der German Marshall Fund schlägt nach Informationen des Spiegel vor, dass anstelle der EU die G7-Staaten gemeinsam Verantwortung für die Rekonstruktion der Ukraine übernehmen und zu diesem Zweck ein Abkommen schließen sollen. Als Koordinator einer solchen Anstrengung wäre eine erfahrene amerikanische Führungspersönlichkeit am besten geeignet, so der Geschäftsführer des Berliner GMF-Büros Thomas Kleine-Brockhoff.

Der zu ernennende amerikanische Koordinator oder die Koordinatorin soll demnach eine Taskforce bilden, die von der EU-Kommission unterstützt werden soll. Der Plan des Thinktanks sieht vier Phasen vor: die Unterstützung während des Krieges, den Wiederaufbau nach einem Waffenstillstand, die Phase der Modernisierung und Digitalisierung und schließlich die Vorbereitung des EU-Beitritts durch gezielte Investitionen in die Angleichung an EU-Standards.

Der neue Marshallplan des GMF sieht vor allem »grants« vor, Geldgeschenke an die ukrainische Regierung, weil das Land für längere Zeit wenig kreditwürdig sein wird. Mit einer sogenannten »war insurance«, einer Kriegsversicherung, sollen Geberländer auch Garantien an private Investoren geben. »Nur mit der Privatwirtschaft wird man die Summen stemmen können, von denen wir hier reden«, sagt Kleine-Brockhoff vom Berliner Büro des GMF.

Wie schon der Entwurf der EU-Kommission sieht der Bericht des German Marshall Fund vor, die Hilfe für die Ukraine an Reformauflagen zu knüpfen – vor allem mit Blick auf die Korruptionsbekämpfung. Ein Inspektor soll die rechtmäßige Verwendung der Hilfgelder überprüfen.

Der Bericht soll nach den Worten Kleine-Brockhoffs ein Denkanstoß sein, insbesondere für eine Expertenkonferenz am 25. Oktober in Berlin, bei der die Architektur des Wiederaufbaus diskutiert werden soll. Deutschland lädt als Land, das den G7-Vorsitz innehat, zusammen mit EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zu der Konferenz ein.

Die Ukraine und einige ihrer Verbündeten drängen darauf, den Wiederaufbau durch eingefrorenes russisches Staatsvermögen zu finanzieren. Aktuell sind das rund 300 Milliarden Dollar. Diese Option haben die GMF-Autoren nur vorsichtig in ihren Bericht aufgenommen. Gegen die Beschlagnahmung von Vermögenswerten der russischen Zentralbank im Ausland gebe es erheblichen Widerstand in der internationalen Finanzszene, sagt Kleine-Brockhoff. Ein solcher Präzedenzfall könnte andere Staaten veranlassen, ihre

Vermögen aus dem Ausland abziehen und das dollarbasierte internationale Finanzsystem unterminieren.

Wiederaufbau der Ukraine

Hier zwei Medienbeiträge zu Konzepten für den Wiederaufbau der Ukraine aus Deutschlandfunk und taz:

[Finanzielle Unterstützung der Ukraine: Geld, die ultimative Waffe - taz.de](#)

["Marshall-Plan" der EU - So soll die kriegszerstörte Ukraine wieder aufgebaut werden | deutschlandfunk.de](#)

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](#)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Sicherung des AKW Saporizhzhya

Ende August reiste eine Abordnung der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA zum Atomkraftwerk Saporizhzhya in die Ostukraine. Das AKW ist von der russischen Armee besetzt worden und steht unweit der Front. Es gibt große Befürchtungen, dass im Zuge von Kriegshandlungen die Sicherheit des AKW-Betriebs gefährdet sein kann. Hier finden Sie den aktuellen IAEA-Bericht zur Lage vor Ort:

[ukraine-2ndsummaryreport_sept2022.pdf \(iaea.org\)](#)

EU-Kommission dringt auf Freigabe von Hilfgeldern

Die EU-Kommission dringt nach Informationen des SPIEGEL darauf, dass die Mitgliedsstaaten Hilfgelder für die Ukraine freigeben. Weil die Behörde damit rechnet, dass die Wirtschaft des Landes wegen des Kriegs 2022 um rund 35 Prozent einbricht, würden „überlebenswichtige Export- und Steuereinnahmen fehlen“, sagte ein EU-Sprecher dem SPIEGEL. Deshalb müsse das Geld „so schnell wie möglich bereitgestellt werden“, damit Kiew seine Ausgaben decken könne. Die EU hat ihre Finanzausgaben bislang nur höchst unzureichend erfüllt. Im Frühjahr hatte Kommissionschefin Ursula von der Leyen Kiew Hilfen von neun Milliarden Euro versprochen. Davon haben die Mitgliedstaaten erst eine Milliarde Euro freigegeben. Beim Rest streiten die Finanzminister über Verteilungs- und Auszahlungsmodalitäten. Weil im EU-Etat keine Mittel mehr frei sind, müssten die Regierungen den Großteil der Hilfen – etwa Sicherheiten für Darlehen – aus ihren nationalen Etats bereitstellen. Nun hofft Brüssel, dass die Minister Anfang September die nötigen Beschlüsse fassen. Anderenfalls müsste die ukrainische Zentralbank Geld drucken, was die Inflation anheizen würde.

Gültigkeit ukrainischer Führerscheine in Deutschland

Der EU-Rat hat am 18. Juli 2022 die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung besonderer und vorübergehender Maßnahmen, in Anbetracht der Invasion der Ukraine durch Russland, in Bezug auf von der Ukraine gemäß ihren Rechtsvorschriften ausgestellte Fahrerdokumente beschlossen.

[Die Verordnung Nr. \(EU\) 2022/1280 tritt am 27.07.2022 in Kraft.](#) Weiterführende Informationen des BMDV hier: [BMDV - Maßnahmen des BMDV zur Ukrainekrise im Detail \(bmvi.de\)](#)

Hilfsaktion des Ost-Ausschusses für Projekt in Czernowitz – Jetzt beteiligen!

Der Ost-Ausschuss ruft zu Spenden für das Projekt «**City of Goodness**» auf. Das **Wohltätigkeitsprojekt in Tscherniwzi** (Czernowitz) in der Westukraine bietet hilfsbedürftigen Familien mit Kindern soziale Hilfe und Unterkunft. Der Ost-Ausschuss hat bereits positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem Projekt gesammelt. Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie hier: [Місто Добра \(misto-dobra.com.ua\)](http://misto-dobra.com.ua).

Das Geld kommt zu 100 Prozent dem Hilfsprojekt zugute und dient dazu, eine zusätzliche Unterkunft für 100 ukrainische Flüchtlinge einzurichten.

Wir bitten Sie, die Spende auf folgendes Konto beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zu überweisen:

Kontoinhaber: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Bank: Commerzbank AG

Kontonummer: 22 11 977

BLZ: 100 400 00

SWIFT-Code: COBADEFF

IBAN: DE94100400000221197700

Hinweis: Die Spenden gehen zu 100 Prozent an das Projekt „City of Goodness“ im westukrainischen Tscherniwzi. Die Abwicklung erfolgt über den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die Spenden werden dort gesammelt und dann an das begünstigte Projekt weitergeleitet. Bitte beachten Sie, dass der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft keine gemeinnützige Organisation ist und daher für die Spende keine Spendenquittung ausstellen kann. Für Rückfragen zur Abwicklung zum Projekt können Sie sich im Ost-Ausschuss gern an Herrn Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa, unter s.kaegebein@oa-ev.de wenden.

EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer

+32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](#)

Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska (m.kulesza@klett.pl). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

**Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,**

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte

ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC: [Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu/edcc)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunftsangebote

I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Infos zu Bahnfahrten für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheiten aus der Ukraine: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9lnhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. 030-720 220 640, Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden.

Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung. Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet.

Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Koordinationszentrale der ukrainischen Regierung für:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses
möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in
Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine
unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die
Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der
Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine
zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause
von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-
Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt,
können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der
Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](#)

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

